

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, 4. NOVEMBER 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 88

## Vorarbeiten für Deutschlandkonferenz

LONDON. Das Programm für die Besprechungen der Sonderbeauftragten der vier Großmächte, die am morgigen Tage in London zusammenkommen, um die Außenministerkonferenz vorzubereiten, enthält als Hauptproblem die Frage der politischen Struktur Deutschlands für die Zeit zwischen der Unterzeichnung des Friedensvertrags und dem Inkrafttreten einer legalen deutschen Verfassung.

Ein weiteres Problem wird die Frage des Verfahrens für die Ausarbeitung des Friedens selbst und die Reparationen, die Deutschland zu leisten haben wird, sein.

Von britischer Seite scheint man gewillt zu sein, einen erneuten Versuch zu unternehmen, um eine Einigung unter den vier Großmächten herbeizuführen. In London ist man der Ansicht, daß einzig die Regelung der deutschen Frage der Zersplitterung Europas ein Ende bereiten könnte. Dabei müsse Deutschland in die Lage versetzt werden, eine eigene Rolle beim europäischen Wiederaufbau zu übernehmen.

In englischen Kreisen nimmt man an, daß Bevin versuchen wird, durchzusetzen, daß die österreichische Frage als erste auf die Tagesordnung gesetzt wird, damit der Vertrag mit Oesterreich so schnell wie möglich unterzeichnet werden kann, glaubt jedoch, daß die Sowjetunion hier Schwierigkeiten machen wird, da ihr vermutlich viel an der Aufrechterhaltung der Besetzung der Verbindungsstraßen von Wien nach Rumänien und Ungarn liegt. Trotzdem hofft man in London, daß irgendein Kompromiß möglich werden könnte.

## Probleme der UN

FLUSHING MEADOWS. Die USA haben am vergangenen Freitag bei der UN vorgeschlagen, am 1. Juli 1948 in Palästina ohne Uebergangsperiode einen jüdischen und einen arabischen Staat zu errichten. Die Regierung der USA ist der Ansicht, daß dieser Zeitpunkt mit dem Abzug der britischen Truppen und der britischen Verwaltung zeitlich zusammenfallen könnte, daß also eine Uebergangsperiode nicht notwendig sei. Dieser Zeitpunkt hängt jedoch noch von der Zustimmung Englands ab.

Ab 1. Juli 1948 sollen nach Ansicht der USA die beiden Staaten für die Ordnung innerhalb ihrer Grenzen verantwortlich sein. Eine Streitmacht der UN für Palästina wird nicht für notwendig gehalten.

Die Regierung der USA erklärt des Weiteren, daß es keinen Hinderungsgrund für die Errichtung eines jüdischen Staates gäbe, selbst wenn die Araber die Mitarbeit ablehnen sollten. Die Grenzen der beiden Staaten müßten von der UN unter denselben Bedingungen wie die Grenzen der anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen garantiert werden.

Die maßgebenden arabischen Kreise lehnen, wie zu erwarten war, kategorisch den amerikanischen Plan ab. Ein arabischer Vertreter führte aus, er stelle die Tatsache nicht in Rechnung, daß sich in Palästina kein Araber finden wird, der bereit ist, die Regierung des arabischen Staates zu bilden. Der amerikanische Plan bedeute eine „vollständige Unterwerfung gegenüber den Forderungen der jüdischen Agentur“.

In der Koreafrage hat die UdSSR erneut

## Kongresssitzung wird vorbereitet

WASHINGTON. Präsident Truman, Staatssekretär Marshall und der stellvertretende Staatssekretär Lovett haben bei einer Besprechung in der vergangenen Woche die Grundzüge des Planes, der den Beginn des „amerikanischen Hilfsplanes für Europa“ beschleunigen soll, besprochen. Hierbei war die genaue Summe der Kredite, die für das erste Jahr vom Kongress verlangt werden müssen, festzulegen. Diese Summe wird gegenwärtig in den maßgebenden Kreisen auf 6 bis 7 Milliarden Dollar einschließlich einer Milliarde für die Soforthilfe geschätzt.

Man nimmt an, daß die amerikanische Regierung sich der Ansicht des Kongresses, der wahrscheinlich fordern wird, daß die Kredite jedes Jahr ablaufen und entsprechend der amerikanischen Hilfsquellen und den in Europa erzielten Ergebnissen abgeändert werden, anschließen wird.

Besprochen wurde ferner eine Einteilung der zu gewährenden Hilfe einmal in Produkte, welche „das menschliche Leben“ sicherstellen und als Geschenke gelten sollen und andererseits in industrielle Hilfe, die als Leihgabe zu betrachten sei.

## Theoretische Forschung zweitrangig

WASHINGTON. Der Leiter des Kriegsmarineforschungsdienstes der USA, Konteradmiral Lee, stellte in einer Rede fest, daß die USA trotz ihrer Vorherrschaft in der Experimentalforschung und Produktion nur eine zweitrangige Stellung auf dem Gebiet der theoretischen Forschung einnehmen.

Lee führte dies zum Teil auf die Zerstörung der deutschen Laboratorien zurück, die vor dem Kriege den USA zur Verfügung gestanden hätten, ferner auf die Reparationen und den Umstand, daß sich Tausende deutscher Gelehrter in der Sowjetunion befinden: „Wir haben die wissenschaftlichen Quellen verloren; sie befinden sich jetzt in Händen eines Landes, dessen Ideologie im direkten Gegensatz zu unseren Anschauungen steht.“

## Gnadenfrist für Ramadier

Knappe Mehrheit für die Regierung / Starker Mann der Mitte gesucht

PARIS. Mit 309 gegen 290 Stimmen bei 500 Stimmberechtigten hat die französische Nationalversammlung in der vergangenen Woche Ramadier ihr Vertrauen ausgesprochen.

Das Vertrauensvotum, das das Kabinett Ramadier am 30. Oktober erhielt, kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage der Regierung äußerst prekär ist, zumal gerade bei den Parteien, die für die Regierung stimmten, der lebhafteste Wunsch besteht, baldigst eine Aenderung herbeizuführen. Wenn die Mehrheit sich dennoch dazu entschloß, dem Kabinett eine Gnadenfrist zu gewähren, so geschah es wohl nur deshalb, weil man Zeit gewinnen wollte, um die Bildung eines großen Kabinetts, das über genügend Autorität verfügt, die Lösung der dringenden Probleme durchzuführen, vorzubereiten.

Drei Namen werden in Abgeordnetenkreisen bei Besprechungen über das zu bildende neue Kabinett genannt: der Sozialist Léon Blum, der Radikalsozialist Edouard Herriot und Jean Pierre Teilgier, Mitglied der MRP. Ramadier wird vor allem seine Nachgiebigkeit vorgeworfen, so unvermeidlich sie meist gewesen sein mag.

Innerhalb der Mehrheit, die für die Regierung stimmte, bestehen wesentliche Gegensätze. Die Linksparteien fordern eine Revision der Verfassung, während die Sozialisten und die Mitglieder der republikanischen Volksbewegung davon nichts wissen wollen. Im Grunde

genommen ist aber die von General de Gaulle erhobene Forderung nach Revision der Verfassung im Augenblick wohl einer der wichtigsten Faktoren in der französischen Politik.

General de Gaulle und der Führer der Kommunisten, Thorez, beherrschen zurzeit das öffentliche Leben Frankreichs. Innerhalb der Nationalversammlung sucht man begrifflicher Weise nach einem dritten Mann, der den beiden die Stirne bieten könnte.

General de Gaulle hat, wie bekannt, als Sieger der Gemeindevahlen Anfang voriger Woche die Auflösung der Nationalversammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangt. Außerdem sollte die Nationalversammlung vor ihrer Auflösung ein Wahlgesetz beschließen, wonach die neue Kammer nicht nach dem Verhältnis-, sondern nach dem Mehrheitswahlssystem gewählt werde.

Das würde, gemessen an den Kommunalwahlen, bedeuten, daß in der neuen Nationalversammlung statt 170 vielleicht noch 50 kommunistische Abgeordnete säßen. De Gaulles Sammelbewegung würde über die absolute Mehrheit verfügen und könnte dann in kürzester Zeit eine neue Verfassung nach dem Ideal de Gaulles ausarbeiten.

Vorläufig ist aber die vor einem Jahr gewählte Nationalversammlung noch im Amt und gilt die Verfassung vom Oktober 1946. Auf den ersten Blick scheint der Text der Verfassung die von de Gaulle verlangten Maßnahmen absolut zu verneinen.

De Gaulle hat die verfassungsrechtliche Unmöglichkeit jedoch mit dem Hinweis, daß die Verfassung in abgeändert werden könne, beiseite geschoben und versucht, zu suggerieren, daß die gegenwärtige Nationalversammlung auf dem Wege der Verfassungsrevision diejenigen Bestimmungen ändern solle, die der Auflösung im Wege stehen.

Die Artikel der Verfassung, die sich mit der Möglichkeit ihrer Revision befassen, fordern im Prinzip nur, daß in der Nationalversammlung eine Mehrheit dafür eintritt. Alle anderen Punkte stellen kein entscheidendes Hindernis dar, so daß de Gaulle sich durchaus durchsetzen kann, sobald er in der gegenwärtigen Nationalversammlung über eine Mehrheit, und sei es von einer einzigen Stimme, verfügt.

Finanzminister Schuman hat dem französischen Ministerrat Vorschläge unterbreitet, die auf eine Steuerreform in Frankreich hinzielen. Steuern mit geringen Erträgen sollen abgeschafft, die Steuerlasten gleichmäßiger als bisher auch auf die Landwirtschaft und die freien Berufe verteilt werden.

## Wahlsieg der Konservativen in England

LONDON. Bei den englischen Gemeinderatswahlen am vergangenen Samstag, die der Erneuerung eines Drittels der jeweiligen Gemeinde- oder Grafschaftsräte galten, haben die Konservativen einen unerwartet hohen Sieg errungen. Aus den vorliegenden Ergebnissen geht hervor, daß die konservative Partei sich 634 Sitze erobern konnte und nur 7 verlor. Die Arbeiterpartei gewann 42 Sitze und hatte den Verlust von 685 Sitzen zu verzeichnen, liberale Partei + 46, — 46, kommunistische Partei + 0, — 9, Unabhängige + 170, — 135.

Der Vorsitzende der konservativen Partei, Lord Woolton, erklärte zum Wahlausgang: „Die Regierung muß jetzt zugeben, daß das Abgeordnetenhaus nicht mehr dem Willen des Volkes entspricht und auf der Stelle zu Neuwahlen schreiten. Das Land beweist damit, daß es die Sozialisten nicht mehr will, es hat kein Vertrauen zu ihnen.“

Winston Churchill führte aus: „In Zukunft wird die Arbeiterregierung ohne das Volk und seine moralische Unterstützung regieren.“ Churchill bezeichnete das Ergebnis der Wahlen als „einen herrlichen Sieg der

konservativen und liberalen Idee über die Mächte des Unsinns und des Irrtums, die uns auf der Straße zum Untergang schon sehr weit geführt haben“.

Die Ratssitze verteilen sich auf Grund der jüngsten Gemeinderatswahlen in England auf die neugewählten Kandidaten wie folgt: Unabhängige 4277, Konservative 3193, Arbeiterpartei 4651, Liberale 600, Kommunisten 7.

Das Labour-Kabinett wird wohl auf die Forderung der Konservativen, Neuwahlen durchzuführen, kaum eingehen, zumal die Regierung mit einer Mehrheit von 160 Stimmen im Unterhaus keineswegs verpflichtet ist, ihr Mandat zu erneuern. Letztes Endes hängt für die Labour Party alles davon ab, inwieweit es ihr gelingen wird, in der nächsten Zeit die wirtschaftlichen Verhältnisse in England günstiger zu gestalten. Wenn auch aus den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen, die insgesamt nur einen Teil der Ratssitze betrafen, keine übermäßigen Schlüsse gezogen werden dürfen, so scheint doch ein abgelesen werden zu können: die öffentliche Meinung in England ist im Begriff, nach rechts abzurücken.

## Kein dritter Weltkonflikt

TORONTO. Der Außenminister von Kanada erklärte in einer Rede, daß er trotz der zahlreichen Konflikte zwischen den Großmächten von den friedlichen Absichten der Sowjetregierung überzeugt sei. Die UdSSR sei nicht in der Lage, sich in einen neuen Krieg zu stürzen.

Ein dritter Weltkonflikt könne nur durch eine Angriffspolitik der Westmächte ausgelöst werden. Ein solche Möglichkeit sei jedoch nicht anzunehmen.

## Auch in der Tschechoslowakei

PRAG. Der seit Monaten von der kommunistischen Partei heftig angegriffene stellvertretende tschechoslowakische Ministerpräsident und Führer der christlich-demokratischen Partei, Ursiny, ist zurückgetreten. Er war einer der Organisatoren der slowakischen Widerstandsbewegung gegen die Deutschen und das Tito-Regime.

Der Präsident der slowakischen Landesregierung, Dr. Husak, hat die Demission des „slowakischen Kommissarkorps“ eingereicht. Dieses Regierungsexekutivorgan war ebenfalls von den Kommunisten aufgelöst worden, eine Umbildung vorzunehmen. Die Partei Ursiny's hatte die meisten „Kommissare“ gestellt.

## Der Religionskrieg in Indien

NEW DELHI. In das unabhängige indische Fürstentum Kaschmir sind mohammedanische Banden aus Pakistan bis zur Hauptstadt Srinagar vorgedrungen, um den Anschluß des Fürstentums an das Dominion Indien zu verhindern. Indien hat Truppen gegen die Aufständischen eingesetzt.

Neutrale Persönlichkeiten wollen versuchen, eine friedliche Regelung dadurch zu erzielen, daß Kaschmir für dauernd neutral erklärt und diese Neutralität von den Nachbarstaaten China, der Sowjetunion, Afghanistan, Pakistan und Indien anerkannt wird.

## Einzige Oppositionspartei verboten

NANKING. Die nationalchinesische Regierung hat die einzige bis jetzt geduldeten Oppositionspartei, die Demokratische Liga, für ungesetzlich erklärt und angekündigt, daß deren Mitglieder von jetzt ab ebenso wie die Kommunisten behandelt würden und sich umgehend registrieren lassen müßten.

Die Demokratische Liga, die die Vereinigung und Befriedung Chinas durch Schaffung einer Koalitionsregierung aller Parteien einschließlich der Kommunisten anstrebt, spielte bei den amerikanischen Vermittlungsversuchen in der Vergangenheit eine große Rolle.

## Das britische Weltreich

Von Josef Südwold

Die Preisgabe Indiens, der Rückzug aus Griechenland, der Entschluß, Palästina in kürzester Frist zu räumen, die Lockerung der britischen Stellung in Ägypten, schließlich die Bereitschaft zur Verminderung des englischen Truppenkontingents in Deutschland lassen die Welt Zeuge eines außenpolitischen Liquidationsprozesses sein, den sich ohne Rücksicht auf Prestige und tatsächlichen Einfluß nur eine Macht leisten kann, die, wie England, aus Tradition und insidierendem Instinkt weitklug und in ihrer Kernkraft ungesund ist.

Durch Verkürzung der Fronten, durch Abbau gefährlich-lästiger Engagements, durch Verzicht auf politische, wirtschaftliche und militärische Stellungen in Welterzonen des Erdballs bereitet England im tiefsten ökonomischen Krisenmoment seiner Geschichte eine Konzentration seiner Macht vor, die die Reife der englischen Staatskunst und die Disziplin des britischen Volkes bezeugt.

Mögen immer die harten Verluste der englischen Weltstellung und Weltgeltung den Anstoß zu dieser machtpolitischen Zusammenzugsentwicklung gegeben haben, mag die wirtschafts- und finanzpolitische Schwächung des Inselreiches zur Verschärfung des Tempos beitragen, das Empire und der Commonwealth stehen Großbritannien zur Ueberwindung der Krise hilfreich und-treu zur Seite.

Noch wissen die beiden neuen Dominien, Indien und Pakistan, nicht, wie sie ihr künftiges Verhältnis zu England gestalten werden: sie haben das Recht der freien Entscheidung bis zum August 1948, im britischen Reichsverband als unabhängige und selbständige Gliedstaaten zu verbleiben oder sich außerhalb des Commonwealth zu stellen. Sie haben in ihrer gegenseitigen Feindschaft Sorgen in Fülle, kostet sie doch jeder Tag des riesigen Bevölkerungsaustausches zwischen Hindus, Sikhs und Moslems, der sich seit Wochen vollzieht, viele Tausende Tote und verwüstete Dörfer.

In Massenlagern um Amritsar, der heiligen Stadt der Sikhs, harren hunderttausende Moslems des Abzugs nach Pakistan, hart um Lahore eine Viertelmillion Hindus und Sikhs des Abtransportes nach Hindustan und um Delhi sammeln sich weitere Massen zur Umsiedlung. Die märchenhaft reichen Fürstentümer von Haiderabad und Nepal warten die Dinge noch ab, ehe sie sich über die Beibehaltung ihrer Selbständigkeit oder die Anlehnung an eines der beiden Dominions entscheiden wollen. Seit Indien von der britischen Oberhoheit frei ist, herrscht dort ein unbeschreibliches Tobuwabahu.

Anders Burma, das, seit sechzig Jahren im britischen Besitz, seit 1937 selbständige Kronkolonie, sich des Kolonialstatus entledigt und als erster Staat (nächst Irland) das britische Empire am 17. Oktober 1947 auf dem Vertragswege mit England scheidungsfriedlich verlassen hat. In voller Unabhängigkeit und Souveränität hat Burma sich außerhalb des britischen Commonwealth, dem es bisher als Mitglied angehörte, gestellt, sucht jetzt die Aufnahme in die Weltorganisation der Vereinten Nationen und beabsichtigt, Bündnisse mit Indien und Pakistan einzugehen. Ob den Weg Burmas auch die britische Kronkolonie Ceylon gehen wird, bleibt noch abzuwarten.

Eine ganz andere Entwicklung nehmen die Verhältnisse im westlichen Bereich weltbritischer Oberhoheit. Dort bereitet sich der Zusammenschluß des britischen Inselbesitzes im Karibischen Meer von Jamaika bis Trinidad zur Bildung eines siebenen Dominions Westindien vor. Dieses Inseldominion, das Land der „Vergessenen Inseln“, wird etwa 2,7 Millionen Einwohner haben, es ist als Rohzucker-, Gewürz-, Bananen- und Baumwolllieferant wirtschaftlich wertvoll und wird Barbados sowie die Leeward- und Westwardinseln umfassen, möglicherweise sich später noch auf die Bahamainseln ausdehnen.

Wenn die westindische britische Inselwelt jetzt ihren organischen Einbau als Dominion in den Commonwealth vollzieht, so liegt dieser Entwicklung offenbar ein Stärkungs- und Schutzbedürfnis vor den allmächtigen Vereinigten Staaten zugrunde. In diesem Erdraum wickelt sich ein politisch konstruktiver Prozeß ab, der von der inneren Erneuerungskraft des British Commonwealth of Nations zeugt und im Zuge der Abrundung und Stärkung des Besitzstandes Weltbritanniens gelegen ist.

Die Völkerverbindungsbestrebungen der farbigen Völker im afrikanischen Erdteil finden Englands besondere Aufmerksamkeit: Das Londoner Colonial Office zeigt sich nicht abgeneigt, freilichsdürstenden Negern im Kolonialraum der westafrikanischen Küste zum Parlamentarismus zwecks Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu verhelfen. Damit würde Großbritannien auf dem Wege vorangehen, durch Abbau der paramountcy (Oberhoheit) Gefahren zu begegnen, denen im Zeitalter des sozialen und nationalen Erwachens der Farbigen die Kolonialmächte der weißen Rasse ausgesetzt sind. England sucht sich nach bewährter Tradition rechtzeitig einer Entwicklung anzupassen, die in der Auflockerung der Kolonialvölker nicht mehr aufzuhalten ist.

Neufundland, das rechtsübertete und in seiner Küste zerfarrne, fjordreiche „amerikanische Norwegen“, ist der älteste (1583) zu-

gleich aber rohstoffärmste, leistungsschwächste und schlechtestverwaltete, überseeische Kolonialbesitz Englands. Es hat 1934 seine selbständige Stellung im Britischen Commonwealth als Dominion wegen finanzieller Zerrüttung seiner Verwaltung verloren und wird seitdem von einer sechsköpfigen Regierungskommission, die zur Hälfte aus Briten, zur Hälfte aus Neufundländern besteht, unter der Oberaufsicht eines britischen Gouverneurs zwangsverwaltet.

Jahrelange Bestrebungen sind jetzt wieder aufgelebt, das wirtschaftlich nicht bedeutende, klimatisch unwirtliche, lediglich verkehrsgeschichtlich sowie see- und luftstrategisch im Rahmen der westlichen Hemisphärenpolitik beachtete Land, dessen Küste vom kalten, schwimmende Eisberge tragenden, rauhe Stürme, Wetterstürze und starke Nebelbildung fördernden Labradorstrom umspült wird, samt dem Nebelland der Labradorküste, dem Dominion Kanada, anzuschließen, zumal Neufundland verwaltungsmäßig für das Londoner Colonial Office nur eine Belastung darstellt.

**Schumacher aus den USA zurück**

BERLIN. „Entweder werden sich die europäischen Länder gemeinsam mit Deutschland erholen oder sie werden sich gar nicht erholen“, erklärte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Schumacher, auf einer Massenkundgebung in Berlin nach seiner Rückkehr aus den USA: „Die europäischen Staaten betrachten den Marshall-Plan unter dem Gesichtspunkt von konkurrierenden Zahlungsbilanzen. Aber das Gewicht der 70 Millionen wird größer sein als alle anderen Argumente“.

Zur Bildung des Belgrader Informationsbüros der Kommunistischen Partei Europas führte Schumacher aus: „Sie haben offenbar nicht genug damit, durch Ihre falsche Politik schon einmal einem faschistischen System ans Ruder gefolgt zu haben. Der Kommunismus ist heute das Prinzip des Expansionsdranges eines Nationalstaates. Kommunistisch oder sozialdemokratisch ist der gleiche Unterschied wie russisch oder deutsch. Ich glaube nicht mehr an links und rechts, ich glaube nur mehr an die Geographie.“

Ueber den Erfolg seiner Reise nach den USA, führte Schumacher bei einer Pressekonferenz aus: „Die amerikanische Federation of Labour und die deutsche sozialdemokratische Partei sind bezüglich der Deutschlandpolitik zu einer Übereinstimmung gelangt. Zwar wurde kein Abkommen abgeschlossen, aber ich bin doch nicht nach den USA gegangen um Bündnisse zu schließen, sondern um Verständnisse zu finden.“ Bei Verhandlungen mit Beamten der USA sei das Verhältnis von Fall zu Fall verschieden gewesen.

**Aufklärung gegen den Kommunismus**

BERLIN. Der Chef der Informationsabteilung der amerikanischen Militärregierung, Oberst Textor, gab am vergangenen Freitag Richtlinien für die Durchführung des bereits von General Clay angekündigten amerikanischen Aufklärungsfeldzuges gegen den Kommunismus bekannt. Textor erklärte: „Der Feldzug wird mit allen Mitteln, die den amerikanischen Behörden unmittelbar zur Verfügung stehen, durchgeführt werden. Der illustrierten deutschen Presse werden wir keinerlei Vorschriften machen. Wir werden ihr jedoch unser gesamtes Material zur Verfügung stellen, damit sie alle Unterlagen zur Hand hat.“

Die Zonenleitung der KPD der USA-Zone hat in einer Erklärung gegen den „antikommunistischen Feldzug“ protestiert, da die angekündigten Maßnahmen sich doch wohl ausschließlich gegen die KPD auswirken würden. Es bestünde die ernste Gefahr, daß durch eine allgemeine antikommunistische Kampagne das deutsche Volk von den dringlichsten Aufgaben, so etwa der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, abgelenkt werde.

**Auswirkung diplomatischer Konflikte**

BERLIN. Der Oberbefehlshaber der Sowjetzone, Marschall Sokolowski, teilte in einer Sitzung des Kontrollrates mit, daß die sowjetische Militärregierung die brasilianische Militärmission in Deutschland nicht mehr anerkennen könne, nachdem Brasilien seine diplomatische Beziehung mit einem der vier Mitglieder des Kontrollrates (der UdSSR) abgebrochen habe. Die Oberbefehlshaber der drei anderen Zonen beschloßen, in der nächsten Kontrollratsitzung auf die Erklärung Sokolowskis zu antworten.

General Clay führte jedoch gleich anschließend aus, er könne sich dem Standpunkt Sokolowskis, nach dem Brasilien ein Land unter faschistischer Herrschaft ist, nicht anschließen, zumal Brasilien auf Seite der Alliierten in Italien gekämpft habe.

**Herr Freymann geht spazieren**

1) EBERHARD ORTHBANDT

Herr Freymann hatte diesem Ausbruch mit steigender Verwunderung gelauscht und seine Augenbrauen waren höher und höher gegangen. Nun sagte er: „So, so! So also steht die Sache. Ja! Herr!“, rief er aufstehend und ergrimmt, „das ist alles, was Sie zu sagen haben? Keine Neuz? Keine Scham? Kein Rest Ehrgefühl mehr?“

Die Aufregung hatte den jungen Mann endgültig erschöpft. „Was wollen Sie“, versetzte er leise. „Herr Willdank hat mich stets gehaßt, oder nein, nicht stets, nur seit... das gehört nicht hierher. Er weigert sich, mir das, was mir gehört, herauszugeben. Wenn ich heute nicht schließlich heimlich bei ihm einstieg und es mir nahm, war es mein gutes Recht. Er hat mein Vermögen verbraucht und es in seine Sammlungen gesteckt, und ich habe fast nichts gefunden als diese alten Münzen. Hat er etwa keinen Diebstahl begangen? Durfte er meine Mutter und uns, die Kinder, bestehen, um seinem eigenen Vergnügen nachzugehen? Haben wir ihn nicht geliebt? Haben wir ihn nicht jahrelang um ein gutes Wort angebettelt? Hat er sich nicht von uns getrennt, um angeblich ungestört zu leben? Will ich ihm Böses antun? Wäre es mir nicht tausendmal lieber gewesen, ich hätte, wie jeder andere Sohn eines anderen Vaters, ihn umarmen dürfen und wie ein Mensch mit ihm reden? Zwingt er mich nicht zu dieser Schleichheit? Und zeigt er mit dem Finger auf mich, und ist doch selbst an allem schuld.“

Herr Freymann sah einen Augenblick gekommen, in welchem seine Friedensliebe und seine Neigung, Frieden zu stiften, einen Triumph feiern müßte.

„Ich werde einen Wagen holen“, bedeutete er dem jungen Mann kurz, „machen Sie keine Dummeheiten inzwischen.“

**Jeder Friedensbetrieb für den Wiederaufbau nötig**

Abänderungsvorschläge zur Demontageliste der Bixone

MÜNCHEN. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard wandte sich in einem Schreiben an den Direktor der Militärregierung für Bayern, General Mueller, in dem er mitteilte, daß er von der Möglichkeit, einzelne für Reparaturzwecke bestimmte Firmen durch Benennung anderer Betriebe zu ersetzen, keinen Gebrauch machen könne, da er im Hinblick auf die seit 1939 um 26 Prozent gestiegene Einwohnerzahl Bayerns jeden Friedensbetrieb für den Wiederaufbau als notwendig erachte.

In einem Anhang zu diesem Brief führte Ehard 14 bayerische Werke als Schlüsselindustrien auf, deren Abbau schwerwiegende Rückwirkungen auf die gesamte Industrieproduktion haben müßte. Diese Werke seien zum Teil in der Bixone nur noch einmal vertreten. Ehard schlug vor, an die Stelle des Abbaus ganzer Werke eine Maschinenabgabe, an der sämtliche Fabriken Bayerns beteiligt sein sollten, treten zu lassen.

General Mueller lehnte in seinem Antwortschreiben an Ministerpräsident Ehard die Herausnahme der Betriebe aus der Liste ab.

Die Einspruchsfrist gegen den anglo-amerikanischen Demontageplan ist am 30. Oktober abgelaufen. Die Abänderungslisten der einzelnen Länder der

amerikanischen Zone liegen nun vor. Während Bayern, wie bereits aufgeführt, 14 Betriebe von der Liste gestrichen sehen möchte, hat Hessen nur ein Werk genannt. Württemberg-Baden wiederum beantragte die völlige Erhaltung von 13 Industriebetrieben.

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Kölling, hat der britischen Militärregierung eine Liste überreicht, in der die Fabriken aufgeführt wurden, die sofort demontiert werden könnten, der Bremer Senat hat um Aufschub der Demontage zweier Fabriken die auf Jahre hinaus Aufträge hätten. Ein Austausch konnte nicht in Frage, da dies bei der geringen Anzahl der in Bremen befindlichen Betriebe unmöglich sei.

In Düsseldorf haben britisch-deutsche Besprechungen über die Differenzen in der Berechnung der Stahlkapazität der Bixone begonnen. Eine endgültige Entscheidung über die der Bixone verbleibende Stahlkapazität scheint noch nicht gefällig zu sein. Bei den Besprechungen wurde bestätigt, daß die demontierten Industrieanlagen im Rahmen des Industrieplanes wieder aufgebaut und die beschlagnahmten Maschinen durch gleichartige neue Maschinen ersetzt werden können. Die Demontage bezwecke nicht eine Herabsetzung der Qualität der industriellen Produktion.

**Ansätze zur Demokratie**

ANSBACH. Der Chefredakteur der „Fränkischen Landeszeitung“, Wilhelm Wiedfeld, der von dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Högnor wegen „über Nachrede“ verklagt worden war, ist vom Landgericht Ansbach freigesprochen worden. Wiedfeld hatte in einem Artikel Dr. Högnor vorgeworfen, er habe sich als Ministerpräsident mit gutem Einkommen von der Regelung der Wiedergutmachungsfrage 90 000 Mark abzuhaken lassen, während Millionen anderer Deutsche in dieser Zeit vor dem Nichts ständen. Das Gericht war der Ansicht, daß die Behauptungen Wiedfelds keine Beleidigungen gegen Dr. Högnor darstellten.

Der Angeklagte führte in seiner Verteidigungsrede u. a. aus, es dürfe nicht zweierlei Recht und zweierlei Maß geben, eines für Ministerpräsidenten und eines für den einfachen Mann.

Seine Kritik habe nicht dem Menschen Högnor, sondern dem Ministerpräsidenten und einer Partei, einer Methode und „dem verfluchten Geist der Selbstsucht“ gegolten.

**Ordnung muß sein**

DUISBURG. Eine Schwarzhandlersonnengruppe, die für ihre Mitglieder Lizenzen ausgab, wurde auf dem Duisburger Bahnhof ausgehoben. Nur wer eine Lizenz besaß, konnte auf dem Bahnhofsgelände Schwarzhandel betreiben. Die Zulassung wurde von einem Komitee beschlossen, das die Preise festsetzte, die Waren lieferte, die Händler kontrollierte und für diese Überwachungsleistung eine Provision einzog. Wilde Schwarzhändler wurden mit Gewalt von dem Duisburger Bahnhof vertrieben.

**Rußland ist groß**

BERLIN. Ein russischer Major erwiderte bei einer Betriebsfeier in einem Werk in Berlin-Oberschönau auf Fragen, die die deutschen Kriegsgefangenen und Verschleppten in der Sowjetunion betrafen: „Wenn nicht alle Kriegsgefangenen von der Erlaubnis, einmal im Monat zu schreiben, Gebrauch zu machen, dann ist das nicht unsere Schuld. Sie wollen eben nicht öfters schreiben.“ (7). Er glaube, daß die 25 zugelassenen Worte auf den Antwortkarten der Gefangenen ausreichen: „Was wollen sie weiter schreiben?“

Auf die Frage, was mit den lange nach Kriegsende verhafteten Zivilisten geschehe, antwortete er: „Ich weiß nicht, was es mit diesen Leuten aussieht, ich weiß nicht, wo sie arbeiten. Rußland ist groß. Es kommen aber alle zurück.“ Grundlos sei bestimmt keiner verhaftet worden. Die Rote Armee habe sich sichern müssen. „Sollen sie erst mal arbeiten, Arbeit ist die beste Strafe.“

**Urteil im Sachsenhausenprozeß**

BERLIN. Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte 14 der 18 Angeklagten SS-Wachmannschaften und Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und zwei Angeklagte zu 15 Jahren Haft mit Zwangsarbeit.

HASTATT. Im Hastatter Kriegsverbrecherprozeß stand die Lebensmittelzufuhr für die Häftlinge zur Diskussion. Der als Zeuge aufgetretene Leiter des zuständigen Verpflegungsamtes sagte aus, je Tag und Häftling seien 600 g Brot, 40 g Fleisch, 25 g Fett, 15 g Zucker, 15 g Marmelade, 600 bis 700 g Kartoffeln und Gemüse, 250 g Teigwaren, 250 g Nahrungsmittel und biswelen Käse ausgegeben worden. Die Angeklagten bestätigten diese Angaben.

Der Vorsitzende des Gerichts verwies jedoch auf die Fotografien und die hohe Sterblichkeitsziffer, die einwandfrei auf Hunger zurückzuführen sei. Nir-

gendwo in Europa gäbe es heute so hohe Rationsätze, wie sie die Häftlinge angeblich bekommen haben sollen. Ich danke Ihnen im Namen aller, die daran gestorben sind.“

NÜRNBERG. Der amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, General Taylor, überreichte dem Militärgericht die Anklageschrift gegen 19 Hauptverantwortliche der NS-Diplomatie und der NS-Wirtschaft. Unter den Angeklagten befinden sich u. a. der ehemalige Botschafter beim Vatikan Ernst von Weizsäcker, der ehemalige Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers, der ehemalige Chef der Präsidialkanzlei Otto Meißner, der ehemalige Reichspresseschef Otto Dietrich, der ehemalige Vizepräsident der Reichsbank Emil Puhl, Karl Rascha vom Vorstand der Dresdener Bank, der ehemalige Beauftragte für den Vierjahresplan Paul Körner und der ehemalige Vorsitzende des Vorstands der Hermann-Göring-Werke Paul Pflüger.

In der acht Punkte umfassenden Anklageschrift werden die Hauptverantwortlichen aus der „Wilhelmstraße“ der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen der Teilnahme an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie der Mitgliedschaft in als verbrochener erklärten Organisationen beschuldigt.

NÜRNBERG. Im Prozeß gegen die Leiter des Sicherungshauptamtes der SS wurde der Verwaltungschef der Konzentrationslager und Leiter des Amtes, Oswald Pohl, in allen gegen ihn vorgebrachten Anklagepunkten für schuldig befunden.

**AUS DER WIRTSCHAFT**

**Anglo-amerikanische Zone**

STUTTGART. Günstige Finanzlage Württemberg-Badens. Die gesamten öffentlichen Einnahmen während der letzten fünf Monate belaufen sich auf 788 Mill. Mark und übersteigen damit die Ausgaben um mehr als das Doppelte. Angesichts des kommenden Winters, der eine Steigerung der Ausgaben infolge Rückganges der Geschäftstätigkeit und eine Verminderung der Steuererinnahmen bringen wird, darf diese günstige Finanzlage als ein glücklicher Umstand bezeichnet werden.

BERLIN. 61 263 amerikanische Reifen für Lastwagen und Omnibusse kopieren nach dem Einfuhrprogramm der britischen und der amerikanischen Militärregierung in die Bixone eingeführt werden. Die Hälfte dieser Reifen sei bereits verteilt und damit die schwierige Transportlage — von 120 000 Lastwagen der britischen Zone haben 38 Prozent mangels Reifen und Ersatzteilen stillgelegen — verbessert.

DÜSSELDORF. Zur Fertigung von Verbrauchsgütern hat die Bixone im vierten Quartal 1947 14 000 t Eisen bereitgestellt, und zwar 6000 t für allgemeinen Haushaltsbedarf, 1900 t für das „Pfennig-Artikel-Programm“, 4000 t für das Bergarbeiter-Punktsystem und 2000 t für von den Landwirtschaftsbehörden festgesetzten Bedarf.

BERLIN. Verträge über die Beförderung von Geschäftsgütern durch Luftpost hat das Export-Importamt der Bixone mit den Luftfahrtgesellschaften abgeschlossen, deren Linien Frankfurt (Main) berühren. Es sind Ausgaben in Höhe von monatlich 30 000 Dollar vorgesehen.

WIESBADEN. 20 000 Eisenbahnwagen neu in Dienst gestellt. Im Rahmen eines Hauptprogramms der bixonalen Eisenbahnbehörde wurden 20 000 Eisenbahnwagen bis Anfang Oktober repariert und neu in Dienst gestellt.

**Kleine Weltchronik**

**Deutschland**

MÜNCHEN. Die bayerische Landespolizei verhaftete eine Schwarzhandlersonnengruppe, die unter dem Verdacht steht, über 200 000 Flaschen gestohlene Spirituosen verschoben zu haben. Der beschlagnahmte Alkohol soll an Bergarbeiter im Ruhrgebiet verteilt werden.

BERCHTESGADEN. Die Spruchkammer Berchtesgaden reichte dem ehemaligen Küchenchef des Sonderzuges Hitlers, Krücken, in die Gruppe der Missetäter ein und verurteilte ihn zu einer Sühneleistung von 1000 Mark.

DACHAU. Hse Koch, die im Buchenwald-Prozeß zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Lagerkommandeuse, hat im Krankenhaus Landsberg einen Knaben zur Welt gebracht.

FRANKFURT. Fünf Kaufleute der Bixone werden am 7. November als erste deutsche Geschäftsleute nach den USA reisen, um Verbindungen mit amerikanischen Firmen anzuknüpfen.

KÖLN. Die Kölner Bevölkerung gedachte im vergangenen Sonntag in einer Feierstunde der rund 26 000 Opfer der Luftangriffe auf Köln.

DÜSSELDORF. Die erste deutsche Preisausstellung nach dem Kriege ist am vergangenen Samstag in Düsseldorf in Anwesenheit des stellvertretenden britischen Militärbefehlshabers, General Bishop, sowie Verlegern und Journalisten aus allen vier Besatzungszonen eröffnet worden.

DÜSSELDORF. Nach Teilergebnissen der Betriebsrätewahl im rheinischen Braunkohlenrevier stehen die Kandidaten der SPD vor denen der KPD und der CDU an der Spitze.

BERLIN. Am 1. Dezember ist die Einfuhr von Zigaretten, Tabak und Tabakerzeugnissen nach allen Teilen Deutschlands aus dem Ausland verboten.

BERLIN. Wie die „Neue Zeitung“ meldet, sind durch einen Schachsteinsur in einem Uranbergwerk im Erzgebirge 28 Arbeiter ums Leben gekommen.

BERLIN. Das vor einem Jahr ausgesprochene Urteil von 13 Jahren Zuchthaus gegen die Denunziatorin Dr. Gudefähr, Helene Schwärzel, ist vom Schwurgericht Berlin in sechs Jahre Zuchthaus und Einziehung des Vermögens umgewandelt worden.

**Ausland**

PARIS. Frankreich will Arbeitskräfte in der anglo-amerikanischen Zone anwerben, die zu gleichen Bedingungen wie ausländische Arbeiter in Frankreich beschäftigt werden und ihre Familien nachkommen lassen können.

LONDON. Zur Hochzeit der britischen Kronprinzessin Elisabeth am 26. November sind über zwanzig Prinzen und Prinzessinnen eingeladen worden.

ATHEN. Im griechischen Bürgerkrieg haben die Partisanen erstmals in Regimentern, Bataillonen und Kompanien gekämpft.

**Ausland**

BERN. Ueber sowjetische Schrottverkäufe aus Oesterreich berichtet das Schweizer Blatt „Der Bund“. Hiernach haben die Tschechoslowaken bereits 120 000 t, Belgien 30 000 t, die Schweiz 25 000 t aus der Ostzone Oesterreichs erhalten. Als Sicherung gegen spätere Forderungen gegenüber der Schweiz soll die österreichische Regierung für den freigegebenen Schrott eine Verzichtserklärung unterschreiben.

**Stromkrise in Oesterreich**

Die zuständigen österreichischen Stellen rechnen in den kommenden Wochen mit schwerer Gefährdung der Stromversorgung. Die durch den Wassermangel bedingte Krise wird infolge mangelhafter Kohlenversorgung der Thermokraftwerke verschärft, die bei einer Kapazität von 5 Millionen gegenwärtig nur 2,8 Millionen kWh erzeugen. Sämtliche Verbrauchergruppen sind bis in die späten Abendstunden abgeghaltet. Die Bundesbahnen erwägen Zugeneinstellungen auf den elektrisch betriebenen Strecken.

Auf Ansuchen der Tiroler Landesregierungen hat die Bundesregierung die Einstellung der Stromlieferungen aus dem Adoniswerk nach Bayern angeordnet, doch sollen auf Grund des OMGUS-Vertrages weiterhin 120 000 kWh als Laufwerkstrom täglich weiter nach Bayern geliefert werden, solange es die Wasserführung der Flüsse erlaubt. Anlaß zu dieser Maßnahme ist die bevorstehende Senkung des Adonisenergiepegels, der 6 m unter Normalstand liegt.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Haas Hebnacker  
Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager  
Weitere Mitglieder der Redaktion:  
Dr. Helmut Kleczka und Joseph Klingelböcher  
Monatlicher Bezugspreis einwand. Trügerlehe 1,50 RM., durch die Post 1,74 RM., Einzelverkaufspreis 30 Pf.  
Leserabonnement Dienstag und Freitag

**Herbststimmung**

Die letzten Sonnenstrahlen,  
Sie sind bereits recht schwach,  
Der Herbst beginnt zu malen,  
Das Laub fällt allgemach.  
Bald treibt der Wind die Blätter  
Aufwirbelnd vor sich her  
Und ein paar Tage später,  
Da stehen die Bäume leer.

Koko

fertig und einsichtsvoll, bin ich für ihn zu sprechen — so hatte ich mir ausgemalt.

Er aber kniete vor mich hin und hob seine gefalteten Hände und flehte: „Vater! Und ich antwortete ihm: „Ich kenne dich nicht. Wer bist du fremder Mensch? Soll ich, nachdem du dich selbst vergarst und im Stich gelassen hast, meine alte müde Kraft dir überlassen? Welchen Gebrauch wirst du von ihr machen? Wirst du nicht uns beide zugrunde richten? Du bist nicht mehr mein Sohn. Kehre um zu dir, entsinne dich deines eigenen Geistes! Was immer du dann wollen wirst, das werde ich unterstützen. Aber für Absichten, die deine Freunde ausheckten und die du von ihnen übernommen hast, gebe ich nichts.“

Er verstand mich nicht, er sprang auf und nahm einen Teil meiner Münzen an sich und wollte hinaus. Ich zeigte aufs Fenster. „Geh dort hinaus, woher du gekommen bist“, sagte ich, „von innen wie von außen bleibt meine Tür dir verschlossen.“ Aber als er fort war, überfiel mich die Schande so, daß ich am Morgen meinen Mund nicht mehr schließen konnte; ich schrie es diesen Wänden zu, und wollte, daß Christine es hörte; sie lief verstört die Treppen herauf, und ich rief es ihr zehnmal ins Ohr!

„Und jetzt, Herr Freymann? Was soll ich tun?“ (Schluß folgt)



Wir leben in einer großen Notzeit

Die Kreisversammlung spiegelt sie eindeutig wider — Starke Beteiligung bei der Aussprache

Wir haben über den umfangreichen Tätigkeitsbericht, der vom Vorsitzenden, Landrat Wagner, gegeben wurde, unsere Leser in der letzten Ausgabe untermischt und lassen nun den weiteren Verlauf der Arbeitstagung folgen.

Die Trink- und Brauchwasserversorgung im Kreis hat in diesem Jahr der Dürre schon viele Sorgen bereitet und war deshalb der Anlaß zu einem Referat von Kreisamtsleiter Klump, um die aufgetretenen Mängel darzustellen und die notwendig erscheinenden Verbesserungsmaßnahmen aufzuzeigen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, heute ein besonders aktuelles Thema, hatte die Elektrizitätsversorgung zum Gegenstand, darüber und über die Möglichkeiten des weiteren Ausbaus von Wasserkraften im Kreis Calw berichtete Oberingenieur Frick in Anwesenheit des Stellvertreters des Gouverneurs, Herrn Kapitän Rigo.

Die neue eingeleitete Schwerearbeiterkarte A hat den davon Betroffenen Freude gebracht, den anderen jedoch Enttäuschung. Die Tatsache, daß nun 85 Prozent aller Schaffenden in den Genuß einer Zulage kommen, während 15 Prozent davon ausgeschlossen bleiben, sei, so wurde von einem Mitglied der Kreisversammlung zum Ausdruck gebracht.

Calw. Am 5. November begibt Frau Maria Rentschler, Hengstettersteige 9, in körperlicher und geistiger Rüstigkeit ihren 75. Geburtstag. Zavelstein. Am 28. Oktober feierte Darlebenskassenrechner Gottfried Weimert in geistiger und körperlicher Frische seinen 74. Geburtstag.

Deckcapitän. Ein umfangreicher Diebstahl wurde letzthin hier verübt. Aus einer Feldscheune wurden 15 Zentner Kartoffeln, 2 Zentner gebrochenes Obst und 2 Zentner Weizen gestohlen.

Rotfelde. 22 Jahre alt ist der Sohn des Gottlieb Bühler, Landwirt, gestorben. Eine heimtückische Lungenerkrankung hat ihn innerhalb 3 Tagen weggerafft.

Altensteig. Durch Entgegenkommen des Bürgermeisters und Gemeinderats konnten von der Frauen-

wurde die in einem Nachbarkreis zum Teil schon erfolgte Ausgabe des dritten Zentners, während die Normalverbraucher im Enztal noch nicht einmal in allen Gemeinden des ersten Zentners haben. Fehlbefragungswille wurde von der einen Seite ins Feld geführt, während von der anderen dies wiederum bestritten wurde.

Die neue eingeleitete Schwerearbeiterkarte A hat den davon Betroffenen Freude gebracht, den anderen jedoch Enttäuschung. Die Tatsache, daß nun 85 Prozent aller Schaffenden in den Genuß einer Zulage kommen, während 15 Prozent davon ausgeschlossen bleiben, sei, so wurde von einem Mitglied der Kreisversammlung zum Ausdruck gebracht.

Calw. Am 5. November begibt Frau Maria Rentschler, Hengstettersteige 9, in körperlicher und geistiger Rüstigkeit ihren 75. Geburtstag.

Zavelstein. Am 28. Oktober feierte Darlebenskassenrechner Gottfried Weimert in geistiger und körperlicher Frische seinen 74. Geburtstag.

Deckcapitän. Ein umfangreicher Diebstahl wurde letzthin hier verübt. Aus einer Feldscheune wurden 15 Zentner Kartoffeln, 2 Zentner gebrochenes Obst und 2 Zentner Weizen gestohlen.

Rotfelde. 22 Jahre alt ist der Sohn des Gottlieb Bühler, Landwirt, gestorben. Eine heimtückische Lungenerkrankung hat ihn innerhalb 3 Tagen weggerafft. — Am 27. Oktober feierte Witwe Rosa Rothfuß in körperlicher und geistiger Frische den 75. Geburtstag.

Altensteig. Durch Entgegenkommen des Bürgermeisters und Gemeinderats konnten von der Frauen-

druck gebracht, unverständlich und den letzteren gegenüber eine Ungerechtigkeit.

Ein Gegenstand, der auf der Tagesordnung stand, war außer den beiden eingangs erwähnten die Änderung des Haushaltsplanes 1947, worüber Kreisapfpler Sternbacher berichtete.

Der Tätigkeitsbericht des Kreisamts durch Amtsvorstand Will mußte der vorverrückten Zeit wegen ausfallen, und nachdem Reg-Insip Hilberer die Kreisversammlung über einschlägige Gebiete in Kenntnis gesetzt hatte, schloß Landrat Wagner mit dem Dank an die Mitglieder für ihre Arbeit die vierte ordentliche Sitzung.

Blick in die Gemeinden

abteilung des SP-Ortsvereins jeweils Dienstags und Mittwochs, von 20—22 Uhr, in der oberen Frauenarbeitschule Flick- und Nähstunden eingeführt werden. Sie erfreuen sich bereits großen Zuspruchs.

Abschiedsfeier im Oberreichenbacher Schulhaus. Auf 22. Oktober hatte Bürgermeister Koppier die Gemeinde zu einer Abschiedsfeier für den scheidenden Lehrer Herrn Böhlinger geladen.

Stadtheater Pforzheim spielte in Bad Liebenzell. Heiteres Spiel und die gefälligen Melodien Frau Lohars erfüllten am Donnerstagabend den festlichen Raum des Kursales.

Kulturelle Rundschau

Brahmsabend in Calw

Wilhelm Dürr, Bad-Varion, und Prof. Hans Brehme, Klavier, brachten in einem Konzert in der Spöhrtschule Lieder und Klavierwerke von Johannes Brahms.

Verkäufe

Schwarzes Kleid, neuwertig, Gr. 44, hat abzugeben. Angebote u. C 3459 an Schw. Tagbl. Calw. Fuchspelz, naturfarb., gut erh., abzugeben.

Tausch / Geboten

Dunkler Herrens-Anzug, neuw., im mittlern Figur, gesucht Elektromotor, 2-3 PS., oder Radio, nur gut erhalt.

Suchdienst

Hermann Lonscher, geb. 4. 2. 1926, beim Pz. Pl. 2 Pz. Fl. Ers. u. Aush.-Btl. Feldheraldbataillon Westpr., Madra-Kasern.

Tiermarkt

Zugochsen, erstkl., gängigen, Rot-schwarz, etwa 16-17 Zentner, sucht Adam Braun, Herzogswalden, Kreis Freudenstadt.

Kaufgesuche

Waschkessel gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht. Angeb. unter C 3525 an Schw. Tagbl. Calw.

Aus dem Gerichtssaal

Er wollte „ausgleichende Gerechtigkeit üben“ und schlug einen Wachmeister nieder

Vor dem Landgericht Tübingen stand der zuletzt in Wildbad wohnhafte R. Lerke. Als Führer einer Räuberbande wollte er „die ausgleichende Gerechtigkeit zwischen den Habenichtsen und den Satten ausüben“.

Monika. Nach kurzer Krankheit. Für die vielen Beweise in dieser Teilnahme sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. In stiller Trauer Wilhelm Morof mit Frau Ruth und die Großeltern.

Amtliche Anzeigen

Amtsgericht Nagold. Beschluß vom 7. Oktober 1947. Die am 22. April 1932 vom Amtsgericht Nagold beschlossene Entmündigung (E 151/32) des Johannes Erbele, Küfers in Gallingen, geb. am 13. 7. 1895 in Gallingen wird wieder aufgehoben.

Geschäftliches

Fällhalter werden fachgemäß repariert von H. Mühlberger, Bürobedarfhaus, Calw, Marktstraße 24. Schallplatten gegen Abgabe von Altpfosten erhältlich im Musikhaus Albach, Calw-Caimbach.

Stellengesuche

Kraftfahrer mit Führerschein Kl. II und III, sucht Stellung, mögl. in Calw oder Umgebung. Angeb. unter C 3527 an S. T. Calw.

Stellenangebote

Großstückhändler bei sehr guten Arbeitsbedingungen, in Schneiderwerkstätte nach Routingen gesucht. Angebote unter Nr. 1592 an Agz.-Ver. F. Luz. Routingen, Stadtbotenstraße 7.

Amtsgericht Nagold

Beschluß vom 7. Oktober 1947. Die am 22. April 1932 vom Amtsgericht Nagold beschlossene Entmündigung (E 151/32) des Johannes Erbele, Küfers in Gallingen, geb. am 13. 7. 1895 in Gallingen wird wieder aufgehoben.

Geschäftliches

Fällhalter werden fachgemäß repariert von H. Mühlberger, Bürobedarfhaus, Calw, Marktstraße 24. Schallplatten gegen Abgabe von Altpfosten erhältlich im Musikhaus Albach, Calw-Caimbach.

Stellengesuche

Kraftfahrer mit Führerschein Kl. II und III, sucht Stellung, mögl. in Calw oder Umgebung. Angeb. unter C 3527 an S. T. Calw.

Stellenangebote

Großstückhändler bei sehr guten Arbeitsbedingungen, in Schneiderwerkstätte nach Routingen gesucht. Angebote unter Nr. 1592 an Agz.-Ver. F. Luz. Routingen, Stadtbotenstraße 7.

Verkäufe

Schwarzes Kleid, neuwertig, Gr. 44, hat abzugeben. Angebote u. C 3459 an Schw. Tagbl. Calw. Fuchspelz, naturfarb., gut erh., abzugeben.

Tausch / Geboten

Dunkler Herrens-Anzug, neuw., im mittlern Figur, gesucht Elektromotor, 2-3 PS., oder Radio, nur gut erhalt.

Suchdienst

Hermann Lonscher, geb. 4. 2. 1926, beim Pz. Pl. 2 Pz. Fl. Ers. u. Aush.-Btl. Feldheraldbataillon Westpr., Madra-Kasern.

Tiermarkt

Zugochsen, erstkl., gängigen, Rot-schwarz, etwa 16-17 Zentner, sucht Adam Braun, Herzogswalden, Kreis Freudenstadt.

Kaufgesuche

Waschkessel gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht. Angeb. unter C 3525 an Schw. Tagbl. Calw.

Von Freud und Leid in Calw

Im Monat September

Geburten: Hans Reinhold, Sohn des Karl Furthmüller, Zimmermann, Stammheim; Pierre Heurl, Sohn des Jean Lapeyronie, Förster, Calw; Kurt Willi, Sohn des Eugen Reilmüller, Lokführer, Stammheim; Manfred, S. d. Erwin Wörner, Baggerführer, Neubulach; Anemone Erna, T. des Fritz Welter, Maschinist, Bad Teinach; Erwin Walter, S. des Welter Gehring, Bauer, Ostelsheim; Erika Lina, T. d. Friedrich Bothner, Hilfsarbeiter, Stammheim; Monika Ruth, T. d. Wilhelm Morof, Mechaniker, Calw; Albrecht, S. d. Ricard Bauer, Just.-Ing., Calw; Renate Lisa, T. d. Gustav Strobel, Maler, Bad Liebenzell; Iris Elisabeth, T. d. Ernst Göth, Elektrotechniker, Calw; Dieter Wilfried, S. d. Jakob Fuschel, Landwirt, Schwarzenberg; Gustav, S. d. Gustav Burkhardt, Landwirt, Mallesbach; Hans Dieter, S. d. Hans Bäuerle, Landwirt, Zwerenberg; Maria Dorothea, T. d. Gustav Müllig, Schiffer, Simonsheim; Otto Alfred, S. d. Emil Angenhofer, Kraftfahrer, Althengstett; Gerde Marie Agathe, T. des Albert Riemann, Heizungsmonteur, Calw; Karlina Anna, T. d. Heiner Uebele, Landwirt, Möllingen; Sieglinde Heiga, T. d. Erwin Ritter, Mechaniker, Calw; Karl-Heinz, S. d. Karl Eisenbeis, Kraftfahrer, Stammheim; Werner Walter, S. d. Werner Würster, Fasser, Unterreichenbach; Günther Haas, S. des Werner Hartmann, Bauzeichner, Calw; Karl-Heinz, S. d. Karl Heim, Masch.-Schlosser, Neuhengstett; Wolfgang Eberhard, Sohn des Paul Vetter, Lehrer, Gechingen; Hans-Ulrich Erwin, S. d. Erwin Bischoff, Geschäftsführer, Möllingen; Sieglinde Marianna, T. des Friedrich Stahl, Straßenwärter, Ellringen; Renate Katrin, T. d. Eugen Schlotter, Vermessungstechniker, Calw-Alsenberg; Ulrich Eugen, S. d. Christian Frank, Schreiner, Bad Liebenzell; Genda Doris, T. d. Jakob Keck, Schmied, Zainen; Ulrike, T. u. E. Karl Lierhaus, Rundfunkmechaniker, Hirsau. — Eheschließungen: Reichert, Hermann Gottfried, Kaufmann, Calw, mit Roswitha Franziska Meißner, Behördenangestellte, Calw; Kistner, Fritz, Weber, Calw, mit Ruth Mina Schwarz, Weberin, Calw; Haase, Karl Robert Hans, Bürorevisor, Lüneburg/Heide, mit Pauline Marta Seeger, Kurheimbesitzerin, Schönbürg. — Sterbefälle: Rapp, Siegfried, Kaufmann, Calw, 27 J.; Schneider, geb. Levi, Anna, Hausfrau, Altensteig, 62 J.; Bahnenführer, geborene Ulonske, Hertha, Lehrerin, Schwann, 51 J.; Prommer, Mathias, Bauer, Wellenschwann, 68 J.; Jooß, geb. Weindler, Anna Maria-Hausfrau, Calw, 84 J.; Geckelheimer, Luise, Rentnerin, Ottenbrunn, 62 J.; Wohlfahrt, geb. Perino, Blanka, Hausfrau, Unterreichenbach, 71 J.; Schroth, Johannes, Holzhauser und Landwirt, Oberkollbach, 64 J.; Volle, geb. Lörcher, Barbara, Hausfrau, Mallesbach, 77 J.; Beck, Rudolf, Mechaniker, Oberleinghardt, 51 J.; Kalmbach, Mathias, Holzhauser, Agsbach, 65 J.; Schaub, geb. Schöttle, Marie Gottliebin, Hausfrau, Calw, 85 Jahre.

Nagolder Stadtchronik

Am 1. November wurde das Bezirksnotariat Nagold wieder planmäßig besetzt. Diese Stelle hat Bezirksnotar Wolf, bis jetzt in Walldorf bei Tübingen, übernommen. Hilfsnotar Geißler, der bisher das Bezirksnotariat Nagold betreut hat, verzieht nun das Notariat Wildberg, das lange Zeit verwaist war. Die Notariatskanzlei in Wildberg befindet sich dort im Rathaus. — Die weibliche Abteilung der Nagolder Sanitätskolonne wendet ihre besondere Fürsorge den Ausgewiesenen zu. Die Kolonnenführerin, Pfl. Wimmel, bereitet den Kindern der Ausgewiesenen wieder einen schönen Nachmittag auf Hohennagold. Die Kleinen machen hübsche Spiele und wurden mit kleinen Geschenken erfreut. Zur Zeit werden Pakete für Kriegsgefangene gerichtet.

Die Landespolizei berichtet

Engelsbrand. Vom LP-Posten Neuenbürg wurde der 22 Jahre alte Schäfer Paul Reißwanger, wohnhaft in Heingen, Kreis Münsingen, festgenommen und an das Amtsgericht Neuenbürg eingeliefert. Er hatte sich im Winter 1945 und 1946 stillschweigend an Kindern zuschauen kommen lassen.

Sitz u. E. In geistiger Unmachtung schied eine 78 Jahre alte Frau freiwillig aus dem Leben.

Beiträge für diese Seite bitten wir an die Geschäftsstelle Calw, Badstraße 24, einzusenden

Verschiedenes

Verloren auf dem Weg v. Stammheim nach Calw am 28. oder 29. Okt. Füllfederhalter, der ehrl. Finder wird gebeten, denselben geg. Belohnung an Ernst Wohlgenuth, Stammheim, abzugeben. Wegenheber gefunden. Näh. in d. Geschäftsstelle des S. T. Calw. Mechaniker und Werkzeugmeister, erste Kraft, Spezialist für spanlose Verformung, sucht Beteiligung an kl. ausbaufähig. Betrieb od. sonst. Möglichkeit sich selbstständig zu machen. Unter Umst. auch aussichts. Meisterstelle. Angeb. u. C 3500 an S. T. Calw. Größterer Volksempfänger bei best. Entscheidung zu miet. gesucht. Angeb. u. C 3523 an S. T. Calw. Mehrfamilienhaus in Calw, bevorzugte Lage, m. Garten (Bauplatz) umständehalber geboten; gesucht Wohn- oder Geschäftshaus in amerikanischer Zone. Angebote unter C 3519 an S. T. Calw.

Suchdienst

Hermann Lonscher, geb. 4. 2. 1926, beim Pz. Pl. 2 Pz. Fl. Ers. u. Aush.-Btl. Feldheraldbataillon Westpr., Madra-Kasern. Letzte Nachricht 8. 2. 1945 aus Dirschau. Um Auskunft bittet Wilhelm Conzelmann, Nagold, Kronenstraße 4.

Sieh die Schuhe sind so rar Budo pflegt sie wunderbar! Budo Luxus-Schuhcreme

